

# SPD demokratischer Presse Dienst

P/XXXI/4

8. Januar 1976

Kräftiger Impuls für Europa

Der Tindemans-Bericht beschleunigt die Integration

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 1a / 58 Zeilen

Das Wetter brachte rote Zahlen

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Dezember 1975

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 2 und 3 / 69 Zeilen

Ein Christ und Sozialist

Zum 75. Geburtstag von Walter Dirks

Seite 4 und 5 / 69 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (IV)

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10  
Postfach: 480 408  
Pressepreis 1, Zinssteuer 217-024  
Telefon: 02 28 37-39  
Telefax: 02 28 948-48 ppah d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 379611

## Kräftiger Impuls für Europa

Der Tindemans-Bericht beschleunigt die Integration

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Der belgische Premierminister Leo Tindemans hat mit seinem "Bericht über die Europäische Union" mehr geleistet als nur eine Bestandsaufnahme des zurückliegenden Integrationsprozesses und der für die weitere Entwicklung des europäischen Einigungswerkes in den Institutionen und Mitgliedstaaten vorgetragenen Auffassungen und Programme. Er hat den Regierungen und den in der Europäischen Gemeinschaft relevanten Kräften konkret die Möglichkeiten der Übereinstimmung in den grundsätzlichen politischen Zielen und von Maßnahmen in den einzelnen Politiken aufgezeigt. Wenn der "Bericht" dennoch nicht auf allgemeine Zustimmung trifft, dann vor allem, weil ein so realistischer und pragmatischer Ansatzpunkt von den Zauderern und Gegnern wirklicher Integrationsfortschritte mit Mißtrauen betrachtet wird und weil zu stürmische Optimisten über echte und künstliche Hemmnisse hinwegzusehen geneigt sind, ohne sie jedoch überwinden zu können.

Tindemans hatte einer Fülle europapolitischer Anregungen und Programme gerecht zu werden. Die manchmal widersprüchlichen Haltungen zur europäischen Integration artikulieren sich bei den politisch relevanten Kräften innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten noch viel schärfer, als wir dies schon aus dem Kreise der nationalen Regierungen gewohnt sind. Das Europäische Parlament hat den vielleicht eindrucksvollsten Schauplatz dieser die Gemüter erregenden Debatte geboten, als es sich im Juli 1975 mit seiner Entschliebung zum Problem der Europäischen Union zu befassen hatte.

In dieser Debatte, an der - erstmalig im Europäischen Parlament - auch die britischen Labour-Abgeordneten teilnahmen, wurde über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg deutlich, daß trotz der gegenwärtigen schweren Weltwirtschaftskrise und der krisenhaften Belastungen für den Zusammenhalt der Gemeinschaft jetzt den Kernelementen des Integrationsprozesses eine neue, politische Eigendynamik verliehen werden müsse. Es zeigte sich,

daß die Befürworter der verstärkten Integration einer breiten Zustimmung in der öffentlichen Meinung der Europäischen Gemeinschaft gewiß sein können. Deutlich wurde auch, daß die antiquierten, zwischen den Mitgliedstaaten oft künstlich aufrechterhaltenen Gegensätze und deren Verfechter nur überwunden werden können, wenn der politische Einigungswille ein unmittelbar legitimes und vollberechtigtes Parlament als Forum erhält und wenn sich im Europäischen Parlament die zur Vollendung der Europäischen Union entschlossenen Politiker zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden können.

Der Tindemans-Bericht wird nun in der Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten eine Diskussion entfachen, die dem Umfang und der Bedeutung der Europäischen Union entspricht. Neben der institutionellen Entwicklung wird der Aufbau Europas in den einzelnen Bereichen materieller Gemeinschaftspolitiken vorangetrieben werden müssen. Aus der Sicht der Bürger ist die demokratische Struktur der Europäischen Union das wichtigste Anliegen und Ordnungsprinzip. Angesichts der Ohnmacht der einzelnen Mitgliedstaaten und der Unmöglichkeit, jeder für sich die Zukunft unserer Gesellschaft und das Wohl unserer Mitbürger langfristig vorteilhaft zu bestimmen, kann das gemeinsame Handeln innerhalb eines festgefügtten und beständigen supranationalen Rahmens die einzig gültige Antwort unserer Generation sein. Wir können auch nicht auf eine gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik verzichten; die Ansätze hierfür bedürfen jedoch noch des Ausbaus und müssen auf eine solide innere Basis gestellt werden.

Die europapolitische Diskussion in der Bundesrepublik ist von der Sozialdemokratischen Partei wohl vorbereitet worden. Die dem Mannheimer Parteitag vorgelegten Arbeitsergebnisse der Europa-Kommission der SPD und vorher schon die Außenpolitische Bundeskonferenz der SPD im Januar 1975 haben Akzente gesetzt, die für den weiteren Weg der Integration richtungweisend sind und sein werden. Die SPD-Bundestagsfraktion ist auch in der Frage der Direktwahl zum Europäischen Parlament ohne Zögern als erste an die Arbeit gegangen, um die notwendige innerstaatliche Gesetzgebung rechtzeitig vorzubereiten. Die Europäische Union wird einer menschlicheren Gesellschaft dienen; dazu wird die deutsche Sozialdemokratie einen entscheidenden Beitrag leisten.  
(-/8.1.1976/bgy/e)

+ + +

Das Wetter brachte rote Zahlen  
-----

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Dezember 1975

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Schlichte Gemüter könnte es erstaunen, daß der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, in recht gefasstem Ton - und optimistische Schlenker nicht scheuend - die Arbeitsmarktdaten des Dezember der Öffentlichkeit präsentierte. Immerhin ergab sich folgendes Bild: Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 109 000 (oder 9,8 vH) gegenüber dem Vormonat auf nunmehr 1,223 Millionen. Die Arbeitslosenquote lag somit im Dezember bei 5,3 vH. Die offenen Stellen nahmen um 8,1 vH (real um 14 759) auf nunmehr 168 000 ab. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg um 58 763 auf nahezu eine drei-viertel Million.

Trotzdem vermied es der Präsident, an der Klagemauer zu stehen. Stingl hat Gründe dafür. Die Saisonzyklen des Arbeitsmarktes geben - über die Jahre hinweg - verlässlichere Bezugsgrößen. Und die schauen so aus: Im Rezessionsjahr 1966 stiegen im Dezember die Arbeitslosenzahlen um 71,7 vH, im Jahr darauf war ein Anstieg von immer noch elf vH zu verzeichnen (bei einer schon wieder erhalten Wirtschaft), und 1973 mußte die Bundesanstalt ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit um 27,4 vH (jeweils Dezember zum November genommen) registrieren.

Gewitzte Statistiker entnehmen den jetzigen Werten unschwer, daß die wetterbedingten Einflüsse nahezu ausschließlich zur neuen Ziffer geführt haben. Sie sehen aber auch, daß das schwere Jahr 1975 mit einem fast "freundlichen Schlenker" endete. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit blieb unter den saisonüblichen Werten. Und dies wiederholt sich sowohl in der Abnahme des Angebotes an offenen Stellen, als auch in der Kurzarbeiterstatistik.

Vergleicht man die Branchen-Entwicklung, so wird noch deutlicher, was gemeint ist. Den größten Zuwachs an Arbeitslosen verzeichnet die Bauindustrie (+ 45,9 vH). Deutlich unter der Monatsnorm liegen die metallverar-

beitenden Berufe (+ 5,5 vH), und selbst die Textilindustrie meldet Werte, die unter den Saisonziffern liegen (+ 6,2 vH). Völlig verwirren könnte schließlich die Situation im Angestelltenbereich, wo eine Zunahme von 1,7 vH zu verzeichnen ist. Hier ist aber warnend auf den Stichtag der Erhebungen der Bundesanstalt hinzuweisen. Er lag Mitte Dezember, somit die Entlastetermine zum Jahresende nicht erfassend.

Seit Jahren wertet die Bundesanstalt die Arbeitsmarktdaten auf saisonbereinigter Ebene. Sie bedient sich dabei eines Verfahrens, das auch die Bundesbank anwendet. Demzufolge wäre im Dezember '75 saisonbereinigt eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen um 6 000, eine Zunahme an offenen Stellen um 5 000 zu registrieren gewesen. Derartige Erhebungen signalisieren Tendenzen, sollen aber keineswegs zu einer Verhermlosung des großen Problems Arbeitslosigkeit führen.

Wichtiger - man kann es nicht oft genug betonen - ist die Rotation auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ergab sich 1975 folgendes Bild: 3 451 000 neue Arbeitslose meldeten sich auf den Arbeitsämtern. 2 127 000 wurden in neue Tätigkeiten vermittelt. Für 17,6 vH der Arbeitslosen wurde die Arbeitslosigkeit zum Dauerschicksal, sie beziehen z. Zt. Arbeitslosenhilfe. Hier ist die Personengruppe, die zu allererst die Hilfe des Staates benötigt. Dies ist aber auch die Gruppe, über die wir beklagenwerterweise noch zu wenig wissen, um helfen zu können.

Ist die Arbeitslosigkeit an das Alter, an eine Behinderung, an den Standort, an die Qualifikation, an die beschränkte Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt gebunden? Wir wissen es nicht. Wir müssen es wissen. Einen Bayern muß es naturgemäß unfroh stimmen, daß ausgerechnet die bayerischen Arbeitslosen die Statistik "versaut" haben. In der Tat ist es so, daß Bayern 45 000 Arbeitslose (bei insgesamt 109 000) im Dezember neu gemeldet hat. Gefolgt von Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Zweieinhalb Jahrzehnte "Strukturpolitik" haben hier offenbar keinen Wandel schaffen können. Hier sollten die betreffenden CDU- und CSU-Landesregierungen ansetzen. Ob sie's tun, kann allerdings nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

Fazit des Dezember: Väterchen Frost hat wieder einmal die vorhandenen Strukturschwächen und das Risiko klimabhangiger Arbeit bloßgelegt. Die Konjunktur selbst dampft in ruhigem Fahrwasser - und nicht mehr auf der Stelle. Der Winter, sagt der Kalender, geht vorüber. Der Arbeitsmarkt wird sich in diesen Monaten keine irreparable Lungenentzündung holen.

## Ein Christ und Sozialist

---

### Zum 75. Geburtstag von Walter Dirks

Am 8. Januar ist Walter Dirks 75 Jahre geworden. Man müßte schreiben: der Herausgeber der "Frankfurter Hefte", der ehemalige Hauptabteilungsleiter Kultur des WDR Köln, der Professor und Dr. h. c., der Kulturschriftsteller, der Musikkritiker - denn das alles ist oder war der heute im Freiburger Land lebende Publizist. Doch nichts von dem würde seine Persönlichkeit wirklich charakterisieren, denn Walter Dirks fiel nie mit Ämtern und Funktionen zusammen, auch wenn er sie über Jahrzehnte hinweg gewissenhaft und wirksam ausfüllte.

Viel eher scheint man seinem Wesen mit dem Begriff "Linkskatholik" nahe zu kommen. Für diese Bezeichnung wurde sein Name fast so etwas wie ein Markenzeichen, und noch heute sagen manche Katholiken, wenn sie ihren besonderen kirchlichen und politisch-gesellschaftlichen Standort angeben wollen und dabei einige Schwierigkeiten haben, sie dächten so wie Walter Dirks. Die Formel vom "Linkskatholiken" würde Walter Dirks aber immer nur zur kurzen und eher oberflächlichen Kennzeichnung seiner Position gelten lassen, vor allem wenn damit ein Randgruppendenken gemeint sein sollte. Er lebt und denkt seit je inmitten der Kirche - als Christ und Sozialist.

Diese Haltung prägte sich in den späten Zwanziger Jahren, als der junge Mitarbeiter der "Rhein-Mainischen Volkszeitung" in Frankfurt mit dem Soziologen Ernst Michel eine "Politik aus dem Glauben" suchte und sie in einem Sozialismus aus sittlicher Verantwortung und politischer Einsicht fand. Das Zusammenbringen einer verschütteten Tradition christlichen Glaubens und der ethischen und wissenschaftlichen Impulse sozialistischen Denkens machte Walter Dirks zu einem Vertreter jener "unvergeessenen Brückenschläge" zwischen Christentum und Sozialismus, über die er - 30 Jahre später - zusammen mit Heinz Kühn und Heinrich Mertens schrieb:

"Der Sozialismus ist eine aus der Kritik der kapitalistischen Ausbeutung erwachsene politische Bewegung und Zielvorstellung, das Christentum gründet sich auf ein Ereignis, dessen Sinn und Ziel die Heiligung und Heilung des Menschen und der Menschheit ist: die Menschwerdung Gottes. Daraus ergibt sich einerseits eine klare Trennung. Sie macht es möglich daß Sozialisten und Nichtsozialisten in der Kirche und Christen und Nichtchristen in der sozialistischen Bewegung oder in der Sozialdemokratie miteinander leben und wirken, legitim die einen wie die anderen in beiden unvergleichbaren Bereichen. Es ergibt sich aber auch andererseits, daß das Verhältnis von Christentum und Sozialismus nicht einfach ist... In beiden Bereichen geht es ja um den Menschen, in beiden geht es, wenn auch in verschiedener Weise, um den Sinn des Lebens und um den Sinn der Geschichte."

Um die Gestaltung dieses "nicht einfachen" Verhältnisses von Christentum und Sozialismus hat Walter Dirks mehr als fünf Jahrzehnte in Kirche und Gesellschaft gestritten. Nach 1945 versuchte er zunächst, eine

"Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" zu gründen: freilich anderer Art als die später von der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren deutschen Helfern erzwungene "Vereinigung". Er nahm dann maßgeblichen Einfluß auf die "Frankfurter Leitsätze" der hessischen CDU von 1946, ein Programm mit sozialistischen Zügen, noch ausgeprägter als die des "Ahlener Programms". Dirks schloß sich dieser CDU auch als Mitglied an und blieb es lange Jahre, auch als die Weichen längst so gestellt waren, wie er selbst es in seinem Artikel "Der restaurative Charakter der Epoche" im Jahre 1950 geschichtserhellend beschrieben hatte. Man muß erlebt haben, wie er sich auf Tagungen dieser Jahre gelegentlich mit dem Timbre seiner rauchigen Stimme persönlich vorstellte: "Walter Dirks, noch nominelles Mitglied der CDU"!

Es kamen die Jahre des Konzils seiner Kirche, in denen deutsche Bischöfe Walter Dirks wieder in Beratergremien boten, ihn, der bei allen Auseinandersetzungen und bis heute bei aller Härte in der Sache vornehm und respektvoll geblieben ist; auch als er sich im Jahre 1972 für die katholische SPD-Wählerinitiative zur Verfügung stellte und über das schwierige Thema "Zur Reform des § 218" schrieb.

Aber immer und überall hat Walter Dirks die von Graham Greene für den Dichter geforderte Haltung der "disloyalty" in Anspruch genommen, einer Loyalität also, die gerade auch die eigene Sache und die eigenen Freunde kritisch beurteilt. Es ist der moderne Ausdruck für die Haltung der alttestamentarischen Propheten, die Großes bewirkten - als einzelne.

Willi Kreiterling  
(-/B. 1. 1975/wi/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-PresseDienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (IV)

Wenn Macmillan über de Gaulles Verhältnis zu den Deutschen berichtet: "Im Augenblick fürchtet er das Bonner Regime nicht (obwohl ihm Leute wie Strauß nicht gefallen); er betrachtet es eher mit einiger Verachtung" (Macmillan, S. 374), so paßt dazu die ebenfalls von Macmillan (S. 366) mitgeteilte Tatsache, daß Adenauer auf der Pariser Viererkonferenz vom Dezember 1959 auf Betreiben des französischen Staatspräsidenten von den Beratungen der drei westlichen Staats- bzw. Regierungschefs zeitweilig ausgeschlossen wurde. (Man stelle sich heute eine Konferenz mit Präsident Ford, Premierminister Wilson und Präsident Giscard d'Estaing vor, bei welcher Bundeskanzler Helmut Schmidt draußen bleiben müßte - dann hat man einen Anhaltspunkt dafür, wie sehr unser Ansehen gestiegen ist, seit wir nicht mehr im Bremserhäuschen der Entspannungspolitik sitzen!)

Aufschlußreich für Adenauers beeinträchtigtes Ansehen ist auch die Anekdote, die der damalige britische Premier Macmillan von der Pariser Viererkonferenz von 1959 zu berichten wußte: "Wir hörten eine lange Vorlesung Adenauers über den Kommunismus - seinen Ursprung, seine Bedeutung und seine Gefahren. Das hatte eine einschläfernde Wirkung, und als ich wieder erwachte, fand ich mich inmitten einer ziemlich konfuse Unterhaltung wieder, die sich in erster Linie um die Zukunft des geteilten Deutschland drehte" (Macmillan, S. 367).

Weit bemerkenswerter jedoch ist Macmillans weiterer Bericht: "Der interessanteste und enthüllendste Teil unserer Diskussion war eine Episode, die einem Angriff Präsident Eisenhowers auf Adenauer in der Berlin-Frage gleichkam. Das war sehr bedeutungsvoll. Adenauer versuchte, zu der Position des Vorjahres zurückzukehren - vor dem langen Treffen (der Außenminister) in Genf, als (dann schließlich doch) eine gewisse Lockerung der Position stattgefunden hatte. Inzwischen sind die Amerikaner von ihrer sehr starren Position abgerückt und zeigen sich bereit, verschiedene Pläne für die Zukunft Berlins in Erwägung zu ziehen, Pläne, über die sie vor nicht langer Zeit nicht einmal zu sprechen bereit waren. Dem Kanzler war das zweifellos bewußt. Aber der Präsident war sehr fest, ja, beinahe rüde. Er war am Ende seiner Geduld. Da man ihn ein bißchen hart anpackte, sackte der deutsche Kanzler in sich zusammen und sagte von da an kein einziges Wort mehr (19. Dezember 1959)" (Macmillan, S. 364 f.).

Nach dem Bau der Berliner Mauer konsultierte der neue US-Präsident John F. Kennedy den britischen Premier in der Frage, welche Verhandlungspositionen er in der Berlin- und Deutschlandfrage einnehmen solle. Macmillan riet dem Präsidenten, "soviel Druck auf Adenauer aus(zu)üben wie Sie können, und ihm begreiflich (zu) machen, daß... er aber natürlich auch zu geben und nicht nur zu nehmen hat". Die Deutschen sollten "folgende Dinge akzeptieren: erstens die Oder-Neiße-Linie, worüber allgemeine Einigkeit herrscht, zweitens irgendeine Formel, die auf ein beträchtliches Maß an de facto Anerkennung der DDR hinausläuft" (Macmillan, S. 410).

Druck aus Washington bekam die damalige Bundesregierung in der Tat zu spüren, nämlich bei der 1962 von der Kennedy-Regierung erzwungenen Abberufung des Botschafters in Washington, Prof. Dr. Wilhelm Grewe, der die Bon-

ner Außenpolitik von Anfang an mitformuliert hatte und als der eigentliche Erfinder der "Hallstein-Doktrin" galt. Die "Stuttgarter Zeitung" schrieb am 31. Oktober 1961: "Grewe kämpft als Botschafter der Bundesrepublik um den Bestand einer Deutschland-Politik, die vor zehn Jahren eingeleitet wurde und die heute nicht allein von der Sowjetunion in Frage gestellt wird", und die Londoner "Times" berichtete am 9. Mai 1962 aus Washington, daß die "wachsende Entschlossenheit Präsident Kennedys, in Berlin eine funktionsfähige Zwischenlösung zu finden", und die Absicht der Amerikaner, eine "neue Grundlage für eine Viermächte-Vereinbarung zu erzielen", Grewe nur die Möglichkeit gelassen hätten, Rückzugsgefechte auszutragen, und von Anfang an sei klar gewesen, "daß er gehen mußte". Und die "New York Post" meinte zu den deutsch-amerikanischen Differenzen, die zu Grewes Abberufung führten, im September 1962: "Sicher stellt es keine Diskriminierung dar, von der Bundesrepublik gewisse Opfer für den Frieden zu verlangen".

Der Fall Grewe, die Berichte Macmillans und die Erklärungen de Gaulles zur Oder-Neiße-Linie führen die ständig - zuletzt durch den Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz auf dem Ingolstädter Deutschlandpolitischen Kongreß der CDU bzw. durch Prof. Dr. Carstens am 26. November 1975 im Deutschen Bundestag wiederholten - Diffamierungen ad absurdum, die Ostpolitik der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher sei die "Verwirklichung der sowjetischen Westpolitik" (Lorenz) und die Westalliierten hätten an den alten deutschen Rechtsansprüchen festgehalten, wenn nur die Deutschen diese nicht aufgegeben hätten.

Als Kennedy im Juni 1963 Deutschland besuchte, fielen von dem Glanz seines Triumphzuges auch einige Strahlen auf den alten, vor seinem, auch von seiner eigenen Partei ersehnten Rücktritt stehenden Adenauer. Aber für die schärfer hörenden und schärfer sehenden Beobachter waren die Differenzen unverkennbar, und die politisch wichtigste Rede, die der US-Präsident auf deutschem Boden hielt, nämlich seine Ansprache vor der Freien Universität Berlin, wurde bezeichnenderweise im Bulletin des Regierungspresseamtes nicht (sic!) abgedruckt. Kennedy hat u.a. gesagt: "...die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken. Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, nicht wie sie hätten sein können und nicht, wie sie nach unseren Wünschen sein sollen... die Gerechtigkeit verlangt, daß wir alles tun, um in dieser Übergangsperiode das Schicksal der Menschen auf der anderen Seite zu erleichtern und auch ihre Hoffnungen am Leben zu erhalten" (United States Information Service, auf 61 v. 26. Juni 1963).  
(-/B.1.1976/wi/e/or)

(Schluß folgt am 9. Januar 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller